



Die Baugenehmigungen befinden sich auf einem neuen Tiefstand | Foto: Nikada, Canva

Bauindustrie: „Attacke Wohnungsbau - neue Regierung hat nicht viel Zeit“

18. Februar 2025

Die Zahl der Baugenehmigungen hat 2024 den tiefsten Stand seit 14 Jahren erreicht. Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, kommentierte den Negativ-Trend ernüchternd: „Die Zahlen der Wohnungsbaugenehmigungen haben unsere Erwartungen leider erneut bestätigt. Bei Neu- und Umbauten von Wohn- und Nichtwohngebäuden wurden im Dezember 2024 etwa 22.250 Wohnungen genehmigt, dies war zwar gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von 5,1 Prozent. Für das Gesamtjahr 2024 verzeichnet die Branche allerdings lediglich 215.900 Genehmigungen. Damit wurde das Ergebnis von 2023 um 43.700 bzw. 18,6 Prozent verfehlt. Wir befinden uns damit unter dem Niveau von 2011.“

Müller weiter: „Trotz der sozialen und gesellschaftlichen Brisanz ist der Wohnungsbau in diesem Wahlkampf kein zentrales Thema geworden, das wundert uns, ist aber leider nicht mehr zu ändern. Nach der Bundestagswahl muss das Thema wieder auf die Tagesordnung. Die neue Regierung hat nicht viel Zeit. Attacke Wohnungsbau - denn das ist Sozialpolitik. Neben einer zielgerichteten finanziellen Unterstützung benötigen wir ein verlässliches Marktumfeld, das endlich die dringend benötigte Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ermöglicht.“

Rückblick: [Mangelhaft - Sozialer Wohnungsbau in Deutschland](#)

Ein Hoffnungsschimmer: Die Voraussetzungen für eine Bodenbildung im Wohnungsmarkt noch in diesem Jahr sind etwas besser als im vergangenen Jahr. Die Hypothekenzinsen bei den langen Laufzeiten lagen Ende des Jahres 2024 um 0,2 Prozentpunkte unter dem Niveau zu Jahresbeginn.

Der Neubau im Nichtwohnungssegment ist 2024 ebenfalls im Sinkflug: Während sich bei den Genehmigungen im Wirtschaftshochbau reale Rückgänge von rund 5,5 Prozent ergaben, nahmen die Genehmigungen im Öffentlichen Bau real um rund 3,7 Prozent ab. „Hier haben sich im Jahresverlauf die Auswirkungen der Industrieschwäche und die starken Energiekostensteigerungen bemerkbar gemacht. Überlegungen hinsichtlich möglicher Standortverlagerungen ins Ausland nehmen zu“, kommentiert Müller die Entwicklung. Er fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, nicht am falschen Ende zu sparen, sondern die Baubudgets aufzustocken, um den Investitionsstau im Öffentlichen Bau nicht noch größer werden zu lassen und die Daseinsvorsorge zu sichern. (red)